

(Folie 2) Zu der Forderung nach „Abschiebungen im »großen Stil«(Bundeskanzler Scholz):

<https://www.proasyl.de/thema/fakten-zahlen-argumente/>:

„Schutzberechtigte müssen »illegal« einreisen, weil Europa keine gefahrenfreien, regulären Wege für Flüchtlinge eröffnet.“ („Derzeit bekommen über 70 Prozent der Menschen, deren Asylgründe vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft werden, Schutz in Deutschland. Die Quote ... beweist, dass der allergrößte Teil der Menschen, die nach Deutschland kommen und Schutz suchen, sehr gute Asylgründe hat. Deshalb sollte der Fokus von Politik und Gesellschaft auf ihrer Aufnahme und Teilhabe und nicht auf Abschiebungen liegen.)

Noch einmal zur hohen Zahl der vermeintlich Abzuschiebenden: Diese Zahl verzerrt die Realität und ist bewusst irreführend. Denn wenn man von den angeblich circa 262.000 Ausreisepflichtigen die Menschen mit einer Duldung abzieht, bleiben gerade einmal etwas mehr als 51.000 vollziehbar Ausreisepflichtige ohne Duldung übrig.

(Folie 3) Von diesen stammen am Ende etwas mehr als 19.000 aus einem abgelehnten Asylverfahren, alle anderen sind zum Beispiel Menschen mit abgelaufenem Besuchsvisum und ausreisepflichtige EU-Bürger*innen ([BT-DRS 20/8046](#), Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage von Die Linke). Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass es für eine Duldung gewichtige Gründe gibt – unter anderem folgende: Menschen haben eine Duldung, weil sie krank, schwanger, in Ausbildung oder kurz vor einem Schulabschluss sind. Außerdem gibt es Länder, die ausreisepflichtige Staatsangehörige nicht zurücknehmen und Länder, in die nicht abgeschoben werden darf.

Eine neue Perspektive ergibt sich auch aus der Tatsache, dass aller Voraussicht nach noch rund 100.000 der Menschen, die in Deutschland geduldet sind, von einer großzügigen Anwendung des Chancen-Aufenthaltsrechts profitieren können. Das würde ihnen zu einer Aufenthaltserlaubnis verhelfen und die Zahl der Ausreisepflichtigen erneut drastisch verringern. Bis Ende August 2024 erhielten 37.000 Menschen den Chancen-Aufenthalt. Die Zahl der Ausreisepflichtigen ist insbesondere dadurch erstmals seit vielen Jahren zurückgegangen, mit 14 Prozent ...“

(Folie 4) Thesen zur Flüchtlingspolitik: Die Gewalt, die die europäische Migrationspolitik seit Jahren prägt, führt zur Verrohung der Gesellschaft im Inneren

Die europäische Migrationspolitik ist durch Gewalt an Europas Außengrenzen geprägt, zudem lagert sie Gewalt in den globalen Süden aus: durch Aufrüstung des Grenzschutzes in Transitstaaten, Finanzierung von Gefängnisinfrastrukturen und die strafrechtliche Verfolgung von Grenzübertreten und ihrer Ermöglichung. Fliehende müssen entlang der Routen zahlreiche, oftmals tödliche Hindernisse überwinden: Grenzwälle, die Wüste Sahara und das Mittelmeer. Durch die Abschottungspolitik wurden sie zu Massengräbern.

(Folie 5) Parallel dazu erleben wir zusätzlich eine Verschiebung der Gewalt nach innen. Die Gewalt, die an den europäischen Außengrenzen, wie beispielsweise auf den griechischen Inseln, erprobt wurde, zeigt sich nun zunehmend auch im Innern Europas. Was seit 2016 in vielen Staaten entlang der sogenannten Balkanroute zu beobachten war, ist inzwischen auch in Deutschland angekommen: Pushbacks an den deutschen Grenzen und Forderungen nach zeitlich unbegrenzter Abschiebehaft. Zonen der Entrechtung breiten sich auch im Inneren aus.

Vor allem geht mit der Verlagerung von Grenzen ins Innere auch eine gesteigerte Akzeptanz von Gewalt einher. Wir haben uns an die Bilder des Sterbens im Mittelmeer und an die in Lagern eingepferchten Menschen an den Außengrenzen als vermeintlich notwendiges Übel gewöhnt und sind nun bereit, Ähnliches auch vor der eigenen Haustür zu akzeptieren. Rund die Hälfte des Bundestags hat Merz' Vorschlägen zugestimmt, das Grundrecht auf Asyl durch eine de facto Grenzschiebung auch für Schutzsuchende abzuschaffen. In ihren Koalitionsvereinbarungen haben CDU/CSU und SPD eine Abweisung von Asylgesuchen an der Grenze als Ziel vereinbart. Die migrationsfeindliche Politik ist der Nährboden für gesellschaftliche Verrohung und ein Katalysator des Rechtsrucks in Deutschland und Europa.

(Folie 6) Die Evolution des Prinzips Flüchtlingslager ...

... lässt sich gut mit Blick auf die neuen Lager auf Lesbos, Kos und Samos zeigen. Es sind

sogenannte Closed Controlled Access Centres. Infrastrukturell ähneln sie stark den Gefängnis-komplexen für Geflüchtete, die Italien in Albanien errichtet hat und die die EU inzwischen offen als Return Hubs bezeichnet. Dort stehen gleichförmige weiße Wohncontainer hinter meterhohen Zäunen mit Nato-Draht. 97 Millionen Euro hat die EU bereits in das Lager investiert. Ein- und Ausgänge sind mit Sicherheitsschleusen und elektronischen Armbändern ausgestattet, die Bewohner:innen sollen einer totalen Überwachung unterliegen: durch Kameras, Drohnen und systematische Datenspeicherung. Es ist das Modell der Zukunft: Auch wenn zukünftige Lager in Deutschland nicht identisch aussehen werden, das Prinzip der Schnellverfahren und Abschottung ist dasselbe. Und die Folgen für die Insassen sind dramatisch: Das Recht auf anwaltliche Hilfe und Rechtsschutz, damit die Möglichkeit auf Wahrnehmung der Rechte, werden nur eingeschränkt gewährt. Überwachungsmaßnahmen wie in einem Hochsicherheitsgefängnis, faktische Internierung, nach einer Ablehnung Unterbringung in einem separaten, geschlossenen Abschiebetrakt führten It. International Rescue Committee zu verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit. 91 % der vom Committee unterstützten Menschen im identischen Lager Samos litten unter Angstzuständen, 87 % unter depressionsbedingten Symptomen, 41 % zeigten Symptome von Suizidalität.

(Folie 7) Derweil ist auf dem Meer zwischen Griechenland und der Türkei die systematische Grenzgewalt und die Zurückschiebung von Booten durch die Küstenwache spätestens seit 2020 zur Norm geworden. In den letzten zwei Jahren wurden dort tausende illegale Pushbacks gezählt. Immer wieder werden auch Menschen von den Stränden, die sie erreicht haben, entführt und in Rettungsinseln auf dem offenen Meer ausgesetzt. Und es häufen sich Berichte, denen zufolge die griechische Küstenwache mit scharfer Munition auf Flüchtlingsboote schießt. Nicht zu vergessen der Untergang der Adriana vor Pylos nach Abschleppversuch durch die Küstenwache Richtung Türkei, nachdem Frontex-Flieger und die Küstenwache das Flüchtlingsboot lange verfolgt und beobachtet hatten. 600 Menschen ertranken - und es gibt kein Verfahren gegen irgendjemanden in der EU, es interessiert außer ein paar Protestlern niemanden. Der tausendfache Tod im Mittelmeer wird als Teil der Abschottungspolitik in Kauf genommen.

(Folie 8) Im „sicheren Drittstaat“ Türkei ...

... lässt sich beobachten, welche Auswirkungen die Externalisierung von Grenzgewalt jenseits der Außengrenze mit sich bringt. Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten sind hier [an der Tagesordnung](#). Über 11 Milliarden Euro hat die EU seit 2015 an die Türkei bezahlt, damit Geflüchtete hierbleiben und nicht nach Europa kommen. Seitdem wurden 32 sogenannte Removal Centre gebaut – Abschiebegefängnisse mit insgesamt ca. 16.000 Haftplätzen. 30 von ihnen sind mit zusätzlichen 213 Millionen Euro [von der EU finanziert worden](#). Dort gibt es systematische Folter, immer wieder kommt es zu massenhaften Abschiebungen, insbesondere nach Afghanistan und Syrien. Auch die Aufrüstung der türkischen Grenzen bezahlt Europa. So hat die Türkei einen Grenzwall zum Iran errichtet, der mit 108 Millionen Euro von der EU finanziert wurde. An dieser Grenze kommt es regelmäßig zu Todesfällen – durch Verletzungen und Erfrierungen und [auch hier schießt die Grenzpolizei immer wieder scharf](#).

(Folie 9) Verlagerung der Gewalt ins Innere

Deutschland ist zwar noch weit davon entfernt, an den Grenzen scharf zu schießen. Nichtsdestotrotz dienen viele der Elemente, die in den Lagern Griechenlands erprobt wurden, als Grundlage für die Reformierung des deutschen Asylsystems. Die Umsetzung der GEAS-Reform – der Reform des »Gemeinsamen Europäischen Asylsystems« - stellt dabei den größten Einschnitt in das deutsche Asylrecht dar.

Zwar muss GEAS erst bis 2026 in nationales Recht umgesetzt werden, die alte Bundesregierung hat aber noch am 6. November 2024 einen Gesetzesentwurf dazu beschlossen, an dem Tag, als die Ampel auseinanderbrach. Die Ampel forcierte die Instrumentarien Haft und Freiheitsbeschränkung für Personen im Grenzverfahren, das nun nicht mehr ausschließlich an den Rändern Europas, sondern im Herzen der EU angewandt wird. Die Grenze wandert ins Innere. Nun dürfen auch Kinder

inhaftiert werden. Betreffen wird dies vor allem Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“ und „sicheren Drittstaaten“. Bei Herkunft aus einem Land, dessen Asylanererkennungsrate bei unter 20 Prozent liegt, wird davon ausgegangen, dass der Antrag unbegründet sei. Wenn die betreffende Person über einen vermeintlich „sicheren Drittstaat“ eingereist ist, erklärt sich die EU für nicht zuständig und kann die Abschiebung veranlassen.

(Folie 10) Katalysator des Rechtsrucks

Die Umsetzung von GEAS erlaubt es rechten Kräften in ganz Europa, ihre menschenverachtenden Positionen zumindest teilweise in gültiges Recht zu gießen. Aber den Rechten gehen die Möglichkeiten der GEAS-Reform noch nicht weit genug. So werden schon jetzt immer wieder rechtswidrige Versuche unternommen, Menschen auszuschiffen und einzusperren. Wenn Gerichte dies verhindern, werden sie zu Feinden erklärt, was sich besonders im Fall von Italiens ex-territorialen Lagern in Albanien zeigt. Noch halten die italienischen Gerichte, die die geplante Praxis für rechtswidrig erklärt haben, stand. Aber wie lange?

Auch Polens Versuche, das Grundrecht auf Asyl vollständig auszuhebeln, weisen in eine düstere Zukunft. Ebenso die Vorstöße von CDU-Politiker:innen, das allgemeine Asylrecht abschaffen zu wollen, oder die CDU-SPD-Vereinbarungen zur Abweisung von Asylgesuchen an der Grenze. Sie normalisieren einen Zustand, in dem internationale Verträge, Rechtsstaat und Gerichtsurteile nur noch als notwendiges Übel gelten. Das bereitet der AfD den Boden, die z. B. in Thüringen versucht, die Dritte Gewalt durch Delegitimierung und Blockade auszuschalten und nutzbar zu machen.

(Folie 11) Der Migrationsdiskurs [fungiert dabei als Katalysator des Rechtsrucks](#). Der Abbau von Grundrechten wird nicht auf einzelne Gruppen beschränkt bleiben: Flüchtlinge erhalten eine eingeschränkte Versorgung – und nun schlägt Merz vor, Bürgergeldempfänger*innen, die eine Arbeit verweigern, den Leistungsbezug vollständig zu streichen.

Abschiebungen soll es in Zukunft auch nach Afghanistan und in den Iran geben – wo Folter, grausame Hinrichtungen und Missachtung von Grundrechten Standard sind. Inzwischen sprechen sich CDU-Politiker dafür aus, nach Straftaten generell abzuschicken – nach schweren Straftaten auch bei Menschen, die bereits einen deutschen Pass haben. (CDU: „Friedrich Merz und die CDU fordern: Begeht ein Doppelstaatler schwere Straftaten, dann sollte dieser Person der deutsche Pass entzogen werden.“) So hätten wir dann den Status einer Staatsbürgerschaft mit verminderten Rechten.

(Folie 12) Viele Geflüchtete sind traumatisiert. Viele bedürfen einer psychiatrischen Behandlung, haben aber nur eingeschränkten Zugang dazu. Arbeitsverbot für vier Jahre, Isolierung in abgelegenen Lagern und Trennung von der Familie verschärfen die Not. Und nun sehen die Koalitionsvereinbarungen eine Beendigung des Familiennachzugs für Kontingentflüchtlinge und der Einreise von Menschen aus Afghanistan sowie massenhafte Inhaftierungen für Abzuschickende vor. Der Migrationsdiskurs führt einerseits zur Ethnisierung der gesellschaftlichen Probleme – die Zuwanderung als „Mutter aller Probleme“ -, damit zur Ablenkung und zum „Angebot an die Massen einer autoritären politischen Kultur“ (medico intern.). Andererseits dreht der Migrationsdiskurs die Spirale der Menschenrechtsverletzungen immer weiter und führt zu einer generellen Infragestellung der Menschenrechte.

(Folie 13) Und Gewalt geht weder an den Täter:innen noch an den schweigenden Zeugen vorbei – sie führt zur Verrohung der Gesellschaft und gefährdet deren demokratische Verfasstheit. Die Einstufung von Menschengruppen als gefährlich und mit minderen Rechten behaftet führt zu Gewalt gegenüber diesen und weiteren Minderheiten.

Die Alternative kann nur heißen: Menschenrechte gelten uneingeschränkt, für alle. Es gilt Art. 1 des GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Was ich mir kurzfristig wünsche: Volles Asylrecht, volle Geltung des Rechts auch für Migranten, Abschaffung der sog. Schleusergesetze, Beibehaltung der offenen Grenzen innerhalb der EU, Abrüstung an den EU-Grenzen, Achtung des humanitären Völkerrechts, Seenotrettung wie bisher üblich, Quoten für freie Zugangskorridore an den EU-Grenzen mit Rückkehrrecht, Willkommenskultur mit ausreichender finanzieller Ausstattung der Kommunen, Kassen und Schulen, Förderung von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften, Sprach- und Integrationskurse nach Bedarf)